

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

„Wir sind entschlossen, die auf dem Hamburger Parteitag begonnene Neuorientierung der SPD zu verteidigen und uns dafür zu engagieren“

(Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative)

DER Beschluss des SPD-Parteirats vom 21. April zur Teilprivatisierung der Bahn liefert den letzten großen staatlichen Betrieb der öffentlichen Daseinsvorsorge an die Renditeinteressen der FinanzspekulantInnen aus.

Diese unter dem massiven Druck der Parteiführer Steinbrück, Steinmeier und Struck vorangetriebene Entscheidung ist eine Missachtung des eindeutigen Willens der großen Mehrheit der Delegierten des Hamburger Parteitags, die mit der Ablehnung der Auslieferung der Bahn an die großen Finanzinvestoren der breitesten Mehrheit der Bevölkerung und der Gewerkschaften und 75% der SPD-Mitglieder entsprochen haben. Und die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) hat diesen Mehrheitswillen gerade noch einmal eindringlich in seiner Beschlussfassung bestätigt.

Muss diese Bahnreform deshalb unter Ausschaltung eines SPD-Sonderparteitags, d.h. hinter dem Rücken der SPD-Mitglieder, durchgesetzt werden? Wird deshalb selbst die gesetzgebende Entscheidung der Abgeordneten des Bundestags ausgeschaltet?

Gerechtfertigt wird der Beschluss u.a. damit, dass er keine weitere Privatisierung zulasse und über tarifvertragliche Regelungen die Rechte der Beschäftigten gesichert werden. Tarifvertragsabsicherung des Personals? Haben wir nicht gerade bei der Telekom und Post gesehen, was Tarifabsicherungen wert sind, wenn es um die Profite für Finanzinvestoren geht, denen die EU den Weg zum Lohndumping-Wettbewerb bahnt?

Und ist es nicht eine Tatsache, dass die Unterwerfung unter die Rendite Personalabbau, Ausgliederungen, Lohnsenkungen, Strecken- und Bahnhofsstilllegungen verlangt und diese auch schon konkret geplant sind? Von den 5 Milliarden „Pri-

vatisierungserlös“ soll ein Drittel für den Bundeshaushalt eingesetzt werden, dem gerade im Rahmen der Finanzkrise Milliarden für die Spekulanten entnommen wurden; ein zweites Drittel für „Eigenkapitalstärkung“, d.h. für den Einsatz auf dem internationalen Markt für Aufkäufe, und nur das letzte Drittel für Investitionen.

Das Modell der Bahnprivatisierung folgt dem Wettbewerbsgebot der EU: es soll „im Rahmen eines bereits bestehenden europäischen Wettbewerbs“ gelingen (presseservice der spd).

Wie ist es möglich, dass die Steinbrück, Steinmeier usw. die SPD diesem Diktat unterwerfen können? Dem Diktat einer Politik der „harten Schuldengrenze“, die immer schärfere Schläge gegen den öffentlichen Dienst, die öffentliche Daseinsvorsorge, gegen das Sozial- und Bildungssystem verlangt?

Warum stützt sich Kurt Beck als Parteivorsitzender nicht auf die Kraft der überwältigenden Mehrheit der SPD-Mitglieder, der arbeitenden Bevölkerung und Jugend, auf die Gewerkschaften, die große Hoffnungen mit der unter seiner Führung auf dem Hamburger Parteitag begonnenen Neuorientierung verbinden, um weiter zu gehen auf dem Weg, mit den „sozialen Zumutungen“ Schluss zu machen und auf die Forderungen der Bevölkerung zu hören?

Der Beschluss gegen die Bahnprivatisierung war ein Kernpunkt dieser Neuorientierung und nach langen Jahren der Mitgliederverluste und des Niedergangs der Partei praktisch die „Rettung in der letzten Minute“ (Michael Sommer, DGB-Vorsitzender).

Die Steinbrück, Steinmeier usw. betreiben aktiv die Revision genau dieser politischen Neuorientierung für die noch schlimmere Fortsetzung der Schröder-/EU-Politik der Großen Koalition. Es liegt in ihrer Verantwortung, dass die Bildung

einer von den Wählermehrheiten gewollten SPD-geführten Regierung unter Andrea Ypsilanti für wirkliche sozialdemokratische Politik, die den Wählerauftrag erfüllt, vorerst hintertrieben werden konnte.

Wollen sie die Revision der Neuorientierung der SPD, um der SPD ein Wahlprogramm der Fortsetzung der Schröder-/EU-Politik und einen entsprechenden Kandidaten für die kommenden Wahlen aufzuzwingen?

Heißt das nicht, die ersten Schritte zur Zurückgewinnung des Vertrauens der SPD-WählerInnen, der ArbeitnehmerInnen und Jugend, wie sie durch die politische Offensive der SPD in Hessen unter Andrea Ypsilanti möglich wurde, wieder zu zerstören? Heißt das nicht, die SPD endgültig in den Niedergang zu treiben und größten Schaden über unser Land zu bringen?

„Das können wir als GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen nicht zulassen!!“

Wir sind entschlossen, ebenso wie die Neuorientierung der SPD mit Kurt Beck, die politische Offensive in Hessen für die SPD-geführte Regierung mit Andrea Ypsilanti, für den politischen Kurswechsel, zu verteidigen und wollen uns dafür engagieren, dass diese Offensive für den politischen Kurswechsel von der gesamten SPD ergriffen wird.

Muss dafür nicht das Engagement der SPD-Mitgliedschaft überall aufgerufen werden?“

Darüber zu diskutieren lädt die Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative Anfang Juni GewerkschafterInnen und SPD-GenossInnen aus dem ganzen Bundesgebiet ein. Unsere Zeitung wird Diskussionsbeiträge zur Vorbereitung der Versammlung und ihre Ergebnisse dokumentieren. (Anmeldungen sind über die Redaktion möglich.)- CARLA BOULBOULLÉ